

SENEGAL

DR. UTE GIERCZYNSKI-
BOCANDÉ

7. Januar 2010

www.kas.dewww.kas.de/senegal

Denkmal sorgt für politisch-religiöse Spannungen

Eine gegen die Kirche gerichtete Äußerung des Staatspräsidenten Senegals sorgte in den letzten Tagen des Jahres für Aufregung bei der christlichen Minderheit Senegals und führte zu einer Welle von Solidaritätsbekundungen von Seiten der muslimischen Landesbewohner. Dieser diplomatische Zwischenfall zwischen Regierung und Kirche hätte in anderen Ländern einen religiösen Konflikt auslösen können, in Senegal jedoch wurde er zum Zeugnis der soliden Kohäsion der religiösen Gemeinschaften. Gleichzeitig legte er die gespannten Beziehungen zwischen Regierung und Opposition und religiösen Führern offen.

Verteidigung des Denkmals

Staatspräsident Wade hatte im Rahmen einer Versammlung der regimennahen „Liberalen Lehrer“ gesagt: „In den Kirchen betet man zu Jesus, der nicht Gott ist. Das weiß jeder und keiner sagt etwas dazu“. Wade spielte hiermit auf die von senegalesischen Imamen geäußerte Kritik an einem Monument vor den Toren Dakars an.

Das „Denkmal der afrikanischen Wiedergeburt“, so heißt ein im letzten Jahr erbautes Monument vor den Toren Dakars, das auf einem der zwei Hügel der Dakarer Halbinsel steht und vom Staatschef als potentieller Touristenmagnet konzipiert wurde. Dargestellt wird ein Mann, der ein Kleinkind auf gestrecktem Arm vor sich hält und eine Frau mit sich zieht. Es soll eine positive Aufbruchsstimmung vermitteln. Die Finanzierung des Denkmals und die weitere Verwendung der Eintrittsgelder sorgen in Senegal seit Monaten für Polemik zwischen Regierung und Opposition, zwischen Regime-

gegnern und den Verteidigern der Projekte des Präsidenten.

Die Kritiker bestritten die Notwendigkeit eines solchen Monuments und warfen dem über 80-jährigen Präsidenten vor, sich auf Kosten der Erfüllung der dringenden Bedürfnisse der Bevölkerung durch das Monument verewigen zu wollen. Die Vereinigung der Imame hingegen kritisierte das Denkmal als „Gotteslästerung“, da der Islam Abbildungen verbiete.



Das Denkmal

Angesichts aller begründeten oder unbegründeten Kritiken verhärtete Wade seine Position bei seiner Verteidigung des Denkmals und warf in diesem Zusammenhang einen Stein in den Garten der Christen, indem er sie als „Statuen-Anbeter“ qualifizierte.

Reaktion der Kirche

Kardinal Sarr reagierte in seiner Neujahrsansprache mit Empörung und rief die Christen zu Ruhe und Besonnenheit auf. Trotzdem kam es nach der offiziellen Zeremonie zu friedlichen Protestaktionen junger Christen vor der Kathedrale Dakars, die sofort und ohne Vorwarnung mit dem Einsatz von Knüppeln und Tränengas „beantwortet“ wurden. Einige Tränengasgranaten fielen

7. Januar 2010

www.kas.de

www.kas.de/senegal

dabei ins Innere der Kathedrale, mehrere Teilnehmer wurden verletzt, andere fielen in Ohnmacht. Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche wurde auf eine harte Probe gestellt.

Nicht nur Kardinal Sarr beklagte die Haltung des Präsidenten, der „die Kirche verletzt und gedemütigt“ habe. In den Predigten des ganzen Landes wurde in den Folgetagen Wades „Herabwürdigung“ der christlichen Gemeinschaft angeprangert, gleichzeitig aber zu Ruhe und Besonnenheit gemahnt. Die Christen vieler Gemeinden des Landes trafen sich zu speziellen Gottesdiensten und die Gemeinden in Ziguinchor organisierten sogar eine Protestaktion vor der Kathedrale.

Medienecho und personelle Konsequenzen

An den Folgetagen widmeten ausnahmslos alle Tageszeitungen ihre Titel- und mehrere Innenseiten diesem Zwischenfall. Die Presseschau der senegalesischen Presseagentur spiegelte dieses enorme Interesse wider. „Wade geht zu weit“; „Der Kardinal informiert den Papst“, „Die Regierung versucht, den Brand zu löschen“, „Der Staat eilt zum Kardinal“.

Der letzte Titel bezieht sich auf den Besuch des Präsidentensohns und einiger Minister beim Kardinal, die der Kirche das Bedauern des Staatsschefs für seine Äußerung überbrachten. Dieser hat sich allerdings persönlich nicht entschuldigt, sondern lediglich der Presse vorgeworfen, seine Äußerungen außerhalb des Kontextes zitiert zu haben. Er beteuerte jedoch, dass er „bedauere, falls sich manche Christen von seiner Äußerung betroffen gefühlt haben sollten“. Unmittelbare Folgen des „Ausrutschers“ des Präsidenten waren zwei personelle Konsequenzen im Präsidialamt: Der langjährige Berater des Staatsschefs in Fragen Architektur und Casamance, Pierre Atepa Goudiaby, der sich als Christ offen gegen die Äußerungen Wades gestellt hatte, wurde mitsamt seinem Team entlassen und ein neuer Pressesprecher wurde eingestellt, der Chefredakteur einer vom Präsidialamt geschaffenen Zeitung.

Die regierungsnahen Tageszeitung Le Soleil titelte nach einer Audienz des Nuntius beim Staatspräsidenten, zwei Wochen nach den Ereignissen: Himmel zwischen Vatikan und Senegal ist wolkenfrei. Der senegalesische Staatsschef hatte dem Vertreter des Heiligen Stuhls in Dakar seinen unverrückbaren Willen bestätigt, weiter für den interreligiösen und besonders den christlich-islamischen Dialog einzutreten. Somit ist der Zwischenfall auf diplomatischer Ebene beigelegt. Die unabhängigen Medien des Landes veröffentlichen jedoch auch noch Wochen nach der Entgleisung des Präsidenten Analysen und Kommentare zum Thema.

Reaktionen der muslimischen Gemeinschaft

Wade hatte an dem wohl sensibelsten Thema der senegalesischen Gesellschaft gerührt: der religiösen Kohäsion. Ein Aufschrei ging durch die senegalesische Bevölkerung, die über die unabhängigen Printmedien, Radio und Fernsehsender ihrer Empörung Ausdruck verlieh. Die vehementesten Protestreaktionen kamen allerdings nicht von Christen, sondern von Muslimen. Gemeinsam war allen Beiträgen die Überzeugung, dass die Instrumentalisierung der Religion zum Zweck der Verteidigung politischer Interessen extrem gefährlich sei.

Der bekannte religiöse Würdenträger Mansour Jamil Sy schrieb in seinem Beitrag im Observateur vom 5. Januar 2010: „Diese verbale Entgleisung des Präsidenten fordert von unserer Seite aus die Neuversicherung unserer uneingeschränkten Solidarität mit unseren christlichen Mitbürgern. ... Wir reichen unseren christlichen Brüdern die Hand und teilen mit ihnen die Verletzung, die ihnen von der höchsten Autorität unseres Landes zugefügt worden ist.“ Alle Senegalesen seien der christlichen Gemeinschaft zu Solidarität und Dankbarkeit verpflichtet, da sie sich durch ihr soziales Engagement in vielen Bereichen für alle Senegalesen unabhängig von Ethnie oder Religion einsetze und maßgeblich zur Entwicklung des Landes beitrage. Die Caritas sei eines der Vorzeigebispiele kirchlicher Aktionen für die nationale Kohäsion: 97 % der Nutznießer seien Muslime.

7. Januar 2010

www.kas.de

www.kas.de/senegal

Andere muslimische Theologen kritisierten nicht nur die Bemerkung Wades zum Christentum, sondern seine gesamte Strategie zur Rechtfertigung des Denkmals. Mit seiner Aussage, dass die Gründer der beiden größten senegalesischen Bruderschaften, Tidiane und Mouriden, nichts gegen Denkmäler gesagt hätten, zog sich Wade den Zorn vieler Bruderschaftsvertreter zu. Das Netzwerk der islamischen Nichtregierungsorganisationen Senegals (ROIS) versicherte der christlichen Gemeinschaft seiner uneingeschränkten Unterstützung und forderte den Präsidenten auf, sich in aller Form zu entschuldigen. Vertreter mehrerer Bruderschaften verliehen öffentlich ihrem Entsetzen darüber Ausdruck, dass der Staatschef bei seiner Verteidigungsstrategie für den Denkmalbau letztlich alle Religionen „missbraucht“ habe.

Allen gemeinsam ist die Befürchtung, eine derartige Instrumentalisierung der Religion könne zu einer Unterhöhlung der Jahrhunderte langen friedlichen Kohabitation von Christen und Muslimen in Senegal sowie des Prinzips des staatlichen Laizismus schlechthin führen.

Bruderschaften als sozialer Katalysator

Bislang fungierten die religiösen Gemeinschaften Senegals, insbesondere die islamischen Bruderschaften, als sozialer Katalysator. Wenn in den Nachbarländern schon Hungerrevolten ausgebrochen waren, gelang es den religiösen Verantwortlichen, die negativen Energien der unzufriedenen Bevölkerung in andere Bahnen zu lenken. Die Worte der Khalifen und anderer religiöser Führer werden gehört und befolgt, sie sind ein Garant für die soziale Kohäsion und den Respekt der staatlichen Institutionen. Gewiss haben religiöse Führer in der Vergangenheit auch schon einmal Wahlempfehlungen ausgesprochen, manche sind sogar in der Parteipolitik aktiv geworden, jedoch sind direkte Interventionen religiöser Verantwortungsträger in die Politik eine Ausnahme. Die wirtschaftlichen Aktivitäten der Bruderschaften tragen in nicht unwesentlichem Maße zur Entwicklung des Landes bei.

Diese seit der Kolonialzeit bestehende stillschweigende Allianz zwischen Politik und

Religion ist allerdings seit einigen Jahren ins Wanken geraten, dies nicht zuletzt auf Grund der deutlichen Sympathiezeugnisse des Staatspräsidenten gegenüber der Mouriden-Bruderschaft. Während der katholische Präsident Senghor und sein muslimischer Nachfolger Diouf keinerlei Präferenzen durchscheinen ließen und gleichermaßen gute Beziehungen mit allen religiösen Gemeinschaften unterhielten, macht Wade keinen Hehl daraus, ein Mouriden-Anhänger zu sein. Die Frustrationen, die auf Grund der privilegierten Behandlung einer Bruderschaft bei den anderen Gemeinschaften entstanden sind, könnten in Zukunft für sozialen Brennstoff sorgen.

Mit der unüberlegten und folgenreichen Äußerung über die christliche Religion hat Wade reichlich Öl auf das Feuer seiner Kritiker gegossen. Die Metaphorik des Feuers wird in diesem Skandal von den Medien voll ausgeschöpft, manche warnen sogar vor dem „Brandstifter Wade, der den seit Jahrzehnten sorgsam gepflegten sozialen und religiösen Frieden des Landes aufs Spiel setzten wolle“. Andere Journalisten warnen vor Schreckensszenarien wie in der Elfenbeinküste oder Nigeria.

Viele Intellektuelle hingegen begrüßen in gewisser Weise diese Entgleisung des alten Präsidenten: Nun habe er endgültig bewiesen, dass er die Regierung an Jüngere abgeben sollte, um nicht noch mehr Schaden anzurichten. Penda Mbow, eine der führenden Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft, bekräftigte, dass dieser Zwischenfall die Reife der senegalesischen Gesellschaft gezeigt habe.

Popularitätsrückgang des Präsidenten

Die Polemik um das umstrittene Denkmal ist symptomatisch für den bemerkenswerten Popularitätsrückgang des Staatschefs Wade in den letzten zwei Jahren.

Schon die Ergebnisse der Kommunalwahlen im letzten Jahr sprachen eine klare Sprache: viele große Städte und die meisten Arrondissements Dakars waren an die Opposition übergegangen, der Präsidentensohn war in seinem Wahlkreis kläglich geschei-

SENEGAL

DR. UTE GIERCZYNSKI-
BOCANDÉ

7. Januar 2010

www.kas.de

www.kas.de/senegal

tert. Darauf hin ernannte ihn Wade zum Staatsminister für internationale Zusammenarbeit, Landaufteilung, Lufttransport und Infrastrukturen. Seine Tochter soll die geplante Stiftung zur Pflege des Monuments der afrikanischen Wiedergeburt leiten. Die Einbindung seiner Familie in die Staatspolitik trug in großem Maße zum Popularitätsverlust des Staatspräsidenten bei.

Aber auch seine Prioritätensetzung wird kritisiert: die Notwendigkeit des Denkmals oder jene des neu eingerichteten Wirtschafts- und Sozialrates beispielsweise werden vielfach bestritten. In seiner Neujahrsansprache zählte Wade alle Realisierungen auf, die von seiner Regierung getätigt worden sind: die Anzahl der Gymnasien, Krankenhäuser, Straßen hat sich in den letzten Jahren stark erhöht.

Allerdings zeugen die anhaltenden und immer wieder aufflammenden Protestkundgebungen und oft wochenlangen Streiks im Gesundheits- und Erziehungsbereich von den prekären Bedingungen, unter denen gearbeitet wird. Klassen mit mehr als 100 Schülern sind keine Seltenheit, in Krankenhäusern stehen häufig keine Medikamente zur Verfügung, die Liste der Mängel in allen Bereichen ist lang. Die anhaltenden Stromausfälle haben sogar die Imame bewegt, Protestmärsche zu initiieren.

Unausgewogene Entwicklung

Entwickelt wurde in den letzten Jahren vor allem die Hauptstadt Dakar, die im Rahmen eines vom Präsidentensohn geführten Projektes in teilweise spektakulärer Weise modernisiert wurde.

Die Regionen und sogar die großen Vorstädte Dakars hingegen empfinden sich weiter als Stiefkinder der Nation, insbesondere die Casamance, deren Konflikt trotz verschiedener Friedensverhandlungen noch nicht endgültig beigelegt werden konnte. Sie wurde in der Neujahrsansprache des Präsidenten nicht erwähnt, ebenso wenig wie die Goldregion Kedougou, die trotz des Reichtums an Bodenschätzen weiterhin die ärmste des Landes ist.

Die Konjunkturkrise führte zu einem wirtschaftlichen Rückgang mit steigenden Preisen für Energie und Grundnahrungsmittel, aber auch einem Investitionsrückgang, der von der staatlichen Fiskal- und Wirtschaftspolitik nicht gestoppt werden konnte. Stromausfälle sind an der Tagesordnung, Straßeninfrastrukturen in vielen Landesteilen marode oder unexistent, die Kriminalitätsrate in den Städten erhöht sich ständig, die Produktionsbedingungen der ländlichen Bevölkerung haben sich seit der Unabhängigkeit nicht maßgeblich weiterentwickelt.

Verwendung der staatlichen Ressourcen

Gleichzeitig werden in Dakar kolossale Gebäude errichtet wie ein neues Volkstheater, wobei das alte niemals ausverkauft ist, ein Haus der Presse oder eben ein überdimensionales Denkmal. Der 2001 abgeschaffte Senat wurde einige Jahre später wieder eingeführt, hinzu kommt der Wirtschafts- und Sozialrat, beide Institutionen werden von vielen Beobachtern als überflüssige Millionengräber betrachtet. Sie seien Bestandteil der institutionellen Landschaft, trügen aber nicht zu einer Fortentwicklung der Demokratie bei. Die Senatoren werden zu 65 %, die Ratsmitglieder in ihrer Gesamtheit vom Präsidenten ernannt.

Die häufigen Ministerwechsel tragen ebenso wenig zum demokratischen Image der Republik bei wie der „Fall Segura“, der wochenlang die senegalesischen Medien in Atem hielt. Der Vertreter des Weltwährungsfonds hatte vom Staatspräsidenten einen Koffer voller Devisen als „Abschiedsgeschenk“ erhalten und diesen aufrichtiger Weise an die zuständigen Kontrollinstanzen weiter geleitet. Beobachter vermuten, dass der senegalesische Präsident den Vertreter des IWF in eine kompromittierende Lage bringen wollte – Segura hatte im Laufe seiner Dienstzeit in Dakar zahlreiche Unregelmäßigkeiten, sprich Bestechungsaffären auf höchster Ebene, aufgedeckt.

Die Frage nach der Verwendung der staatlichen Gelder wird immer lauter, ebenso wie die Vorwürfe der Verschwendung der Steuergelder für eine Vielzahl an „unnötigen“ Institutionen, unzähligen Ministern und unbeliebten

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SENEGAL

DR. UTE GIERCZYNSKI-
BOCANDÉ

7. Januar 2010

www.kas.de

www.kas.de/senegal

internationale Vertreter“ zu tätigen. Die Glaubwürdigkeit der Regierung Wade wird von vielen Medien in Frage gestellt und die regierungsnahen Medien begnügen sich mit Schadensbegrenzung.

Angesichts der aktuellen Probleme in der Staatsführung im Umgang mit den verschiedenen Gruppen der Bevölkerung stellt sich vielen Beobachtern die Frage, in wie weit sich religiöse Verantwortungsträger in die Politik einbringen sollen. Mansour Jamil Sy begrüßte in diesem Zusammenhang die Hirtenbriefe der katholischen Bischöfe in Senegal, in denen Probleme und Lösungsversuche aufgezeigt wurden. Religiöse Führungspersonlichkeiten hätten die Pflicht, als Warnlichter der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung zu fungieren. Vermutlich sei die kirchenkritische Äußerung des Staatspräsidenten eine Reaktion auf die allzu klare Sprache der Bischöfe, die keine Angst hätten, gesellschaftliche und politische Missstände zu kritisieren.

Die massiven und einhelligen Solidaritätsbekundungen der senegalesischen Bevölkerung mit den Christen sind in den Augen vieler Beobachter ein Hoffnungszeichen dafür, dass politische Interessen einzelner Politiker oder politischer Parteien nicht die religiöse und soziale Kohäsion des Landes aus dem Gleichgewicht bringen können.